21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 21(17)35NEU
vom 6. November 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Angriffe auf Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte

Dr. Sabine Fischer
Senior Fellow Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien,
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Angriffe auf Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, 11. November 2026

Sachverständigen-Stellungnahme
Dr. Sabine Fischer
Stiftung Wissenschaft und Politik
030-88007-0
Sabine.fischer@swp-berlin.org

Frage 1: Welche Bedeutung nimmt das Narrativ der Ethnie in der aggressiven Politik autokratischer Staaten, insbesondere Russlands und Chinas, sowohl innen- als auch außenpolitisch ein, welche Ziele werden auf dieser Grundlage mittels welcher Maßnahmen verfolgt und welche Auswirkungen ergeben sich für die universellen Menschenrechte, für Demokratie und Meinungsfreiheit? (CDU/CSU)

Russland ist formal-rechtlich ein Vielvölkerstaat. Darauf verweist der offizielle Staatsname, Russländische Föderation (Rossijskaja Federazija, RF). Das Adjektiv „russländisch" (rossijskij) umfasst alle auf dem Territorium der Föderation lebenden Völker und Ethnien. „Russisch" (russkij) bezieht sich nur auf die ethnisch-russische Bevölkerung, die ca. 80 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Laut Zensus von 2020 leben in Russland Angehörige von 194 Völkern.[1] 21 Subjekte der RF sind nach ihren jeweils nicht-russischen Titularvölkern benannt (Beispiele: Tatarstan, Baschkortostan, Tschetschenien u.a.); ca. 40 indigene, sogenannte kleine Völker (unter 50.000 Angehörige)

[1] Gosudarstwenny doklad o realisazii gosudarstwennoi nazionalnoi politiki Rossiskoi Federazii w 2023 godu (Staatlicher Bericht über die Umsetzung der staatlichen Nationalitätenpolitik der Russischen Föderation im Jahr 2023), https://base.garant.ru/410714648/89300effb84a59912210b23abe10a68f/?utm_source=chatgpt.com (eingesehen im November 2026).

haben einen gesonderten rechtlichen Schutzstatus. Neben der landesweiten Staatssprache Russisch existieren über 30 offizielle Sprachen auf Republiks- und etwa 40 offiziell anerkannte Sprachen auf lokaler Ebene. Russland hat formal keine Staatsreligion. Im Religionsgesetz von 1997 wird die Rolle der Orthodoxie für die russische Geschichte hervorgehoben. Gleichzeitig wird die Anerkennung von „Christentum, Islam, Buddhismus, Judaismus und anderen Religionen, die einen unabdingbaren Teil des historischen Erbes der Völker Russlands darstellen" unterstrichen.[2]

Hinter dieser normativen Fassade wirken jedoch biologistisch und deterministisch ausgelegte ethnopolitische Denkmuster sowohl auf die russische Innen- als auch Außenpolitik.

Nicht-russische indigene Völker konzentrieren sich im russischen hohen Norden, in Sibirien und im Fernen Osten sowie im russischen Nordkaukasus. Sie wurden im Zuge der kolonialen Expansion des Zarenreiches inkorporiert. Nach der russischen Revolution erkannte die sowjetische Führung zwar zunächst das Selbstbestimmungsrecht nicht-russischer ethnischer Gruppen an. Dieses Lippenbekenntnis wich jedoch in den 1920er Jahren einer ideologiegetriebenen und zentristischen Politik, welche die Lebensweisen der Indigenen, wie auch anderer Bevölkerungsgruppen, als „rückständig" und der Modernisierung bedürftig abtat. Die Stalinherrschaft brachte mit Kollektivierung und Repressionen Tod und Vertreibung genozidalen Ausmaßes über viele indigenen Volksgruppen. Einer kurzen Phase der relativen Öffnung für die Anliegen nicht-russischer Bevölkerungsgruppen während der letzten Jahre der Sowjetunion und im post-sowjetischen Russland der 1990er Jahre folgte mit der Autokratisierung Russlands unter Putin erneut zunehmende Zentralisierung und Unterdrückung.[3]

Einschränkung von Rechten, strukturelle Diskriminierung und Repression erfolgen in unterschiedlichen Bereichen:

[2] Federalny sakon „O swobode sowesti i o religiosnych objedinenijach" ot 26.09.1997 N 125-FS (Föderales Gesetz Nr. 125-FS vom 26. September 1997 „Über die Gewissensfreiheit und über religiöse Vereinigungen" Föderales Gesetz Nr. 125-FS vom 26. September 1997 „Über die Gewissensfreiheit und über religiöse Vereinigungen"), https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAw_16218/?utm_source=chatgpt.com (eingesehen im November 2026).
[3] Johannes Rohr: Kolonisiert. Die Indigenen Völker in Russland, in: Osteuropa, 74. Jg., 1-3/2024, S. 213-233, S. 216ff).

- Autonomie-, sprachliche und kulturelle Rechte ethnischer Minderheiten wurden im Laufe der Putin-Herrschaft immer stärker eingeschränkt. Putin und andere Angehörige der herrschenden Klasse zeigen sich zu feierlichen Anlässen und bei Reisen in die russischen Regionen gerne umringt von Menschen in den folkloristischen Trachten der lokalen Bevölkerung. Gleichzeitig werden deren Kultur und Sprachen systematisch zurückgedrängt, in den Schulcurricula marginalisiert und aus der (immer großrussisch-nationalistischeren) Geschichtsschreibung getilgt. Widerstand gegen diese Entwicklungen wird systematisch und mit wachsender Härte unterdrückt, wobei seit den 2010er Jahren die repressive Gesetzgebung zu „ausländischen Agenten" und „unerwünschten Organisationen" angewandt wird. Seit Beginn des großen Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 darf nichts mehr die nationale Einheit in Frage stellen. So erklärte das russische Justizministerium im Juni 2024 eine nicht existente, sogenannte „anti-russisch separatistische Bewegung" zur „extremistischen Organisation".[4] Der russische Staat schuf sich auf diese Weise ein Instrument, um ethnische Gruppen noch härter und willkürlicher kontrollieren zu können.[5] Seit der Listung haben die Repressionen weiter zugenommen.[6]

- Viele ethnische Minderheiten siedeln in rohstoffreichen Regionen Russlands, so beispielsweise die nomadisch lebenden Nenzen auf der Jamal-Halbinsel (Erdgasvorkommen) oder die Dolganen und Nenzen auf der Halbinsel Tajmyr (Nickelvorkommen), beide im hohen Norden Russlands. Die Ausbeutung dieser Ressourcen durch staatsnahe Kon-

[4] Werchowny sud prisnal „Antirossijskoje separatistskoje dwischenije" ekstremistskim. Komu i tschem eto grosit? (Das Oberste Gericht hat die „Antirussische Separatistische Bewegung" als extremistisch eingestuft. Wem drohen dadurch welche Konsequenzen?), https://www.bbc.com/russian/articles/ckkk4z101qzo (eingesehen im November 2026).
[5] Mittlerweile gibt es auf der Liste des Justizministeriums fünf solcher „Bewegungen": die „Internationale gesellschaftliche LGBT-Bewegung" (gelistet November 2023), die „Ich/Wir sind Furgal-Bewegung" (Februar 2024), die „Anti-russische separatistische Bewegung" (Juni 2024), die „Internationale Bewegung des Satanismus" (Juli 2025) und die „Internationale gesellschaftliche Bewegung Memorial" (April 2026). Unter den Organisationen, die als Teil der „Anti-russischen separatistischen Bewegung" kriminalisiert wurden, ist auch die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO). Die Kriminalisierung der „Memorial Bewegung" trifft den Exil-Verein Zukunft Memorial, den Memorial International (Friedensnobelpreisträger 2022) in Berlin aufgebaut hat.
[6] Yelizaveta Landenberger: Russlands ethnische Minderheiten: Zwischen Unterdrückung und Dekolonisierung, in: Russland verstehen, 31. März 2026, https://russlandverstehen.eu/de/russlands-ethnische-minderheiten-zwischen-unterdrckung-und-dekolonisierung/ (eingesehen im November 2026).

zerne wie Novatek und Norilksnikel (vor 2022 durchaus unter Beteiligung internationaler, darunter auch deutscher Partnerunternehmen) und die damit einhergehenden Umweltschäden schränkten den Lebensraum der betroffenen Ethnien empfindlich ein, ohne dass sie ein Mitspracherecht oder gar Entschädigungen erhalten hätten.[7] Kritik und Widerstand wurden zunehmend brutal unterdrückt.

- Ethnische Minderheiten sind überdurchschnittlich von der Rekrutierung für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine betroffen. Dies kann mehrere Gründe haben. Die meisten ethnischen Republiken und Gebiete sind wirtschaftlich arm und unterentwickelt sowie politisch autoritär organisiert und stärker vom Moskauer Machtzentrum abhängig als wohlhabendere Regionen. Der russische Staat muss deshalb in diesen politisch schwachen Landesteilen mit weniger Widerstand rechnen als beispielsweise in urbanen Zentren. Wirtschaftliche Unterentwicklung macht gleichzeitig Freiwilligenverträge attraktiver, für die hohe Anwerbesummen gezahlt werden. Diese Kombination aus Zwang und Armutsgefälle führt dazu, dass Baschkortostan (ca. 4 Mio. Einwohner:innen) mit geschätzten 12.000 auf etwa dreimal so viele Gefallene kommt wie das mindestens viermal so große Moskau.[8] Aktivist:innen ethnischer Minderheiten bezeichnen deshalb die Rekrutierung für den russichen Angriffskrieg als Genozid an ihren jeweiligen Volksgruppen.[9] Auch das ist freilich nur noch aus dem Exil möglich, in dem sich die meisten dieser Aktivist:innen mittlerweile befinden.

Tschetschenien bildet in der repressiven Minderheitenpolitik des Putin-Regimes eine Ausnahme. Nach den mit äußerster Brutalität geführten Tschetschnienkriegen (1994-1996, 1999-2009) ließ die Staatsführung in Moskau zu, dass Ramsan Kadyrow in der Kaukasusrepublik

[7] Rohr, Kolonisiert (wie FN 3), S. 228.
[8] Russian losses in the war in Ukraine. Mediazona count, updated, https://en.zona.media/article/2026/10/23/casualties_eng-trl (eingesehen im November 2026).
[9] Odin bolschoi „peregib“(Eine einzige große „Übertreibung“), https://spektr.press/odin-bolshoj-peregib-prezident-fonda-svobodnaya-buryatiya-aleksandra-garmazhapova-o-tom-kak-mobilizaciya-i-glava-respubliki-vyda-vlivayut-buryatov-iz-rossii-v-mongoliyu/?utm_source=chatgpt.com (eingesehen im November 2026). „Wojenny awangard russkogo mira“? Baschkortostan wo wremja woiny Rossii protiw Ukrainy („Militärische Avantgarde der russischen Welt“? Baschkortostan während Russlands Krieg gegen die Ukraine), https://ru.krymr.com/a/avangard-russkogo-mira-bashkiry-i-voyna-rossii-protiv-ukrainy/33370780.html?utm_source=chatgpt.com (eingesehen im November 2026).

seine eigene Terrorherrschaft errichtete. Kadyrows Machtposition hinaus sichert Tschetschenien (und Tschetschenen im Rest Russlands) einen Sonderstatus. Andere muslimischen Völker des Nordkaukasus sind hingegen vielfachen Diskriminierungen ausgesetzt.[10]

In der russischen Außenpolitik wird Ethnonationalismus auf unterschiedliche Weise wirksam. Das Konzept der „russischen Welt", das 2001 eingeführt wurde, umfasste neben der Bevölkerung Russlands dem Anspruch nach Millionen von Menschen außerhalb des russischen Staatsterritoriums.[11] Dies bezog sich zunächst auf die ethnisch russischen Bevölkerungsgruppen in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und wurde im Laufe der 2000er Jahre zu einem zentralen Vehikel der imperialistisch-revisionistischen und zunehmend aggressiven Politik Russlands gegenüber seinen Nachbarn. Eine russische Schutzverantwortung gegenüber „Landsleuten" diente als Legitimationsnarrativ für den russisch-georgischen Kieg im August 2008, für die Annexion der Krim und den Beginn des Krieges im Donbas 2014 und für die russische Vollinvasion in die Ukraine im Februar 2022.[12] Der Begriff „Landsleute" wird dabei auch auf die ukrainische Bevölkerung ausgeweitet, die laut Wladimir Putin mit Russland ein „gemeinsames Volk" bildet.[13] Russland kleidet seinen imperialistischen Angriffskrieg in die Rechtfertigung, dieses „gemeinsame Volk" gegen den aggressiven Westen verteidigen zu müssen.
Mittlerweile spielt das Landsleute-Narrativ auch in der hybriden Kriegsführung und Einflusspolitik Russlands gegenüber europäischen Demokratien eine wichtige Rolle. Post-sowjetische, russische und russischsprachige Bevölkerungsgruppen rücken hier in den Fokus der Aktivitäten russischer Auslandspropagandamedien und Geheimdienste. Die staatliche „Schutzfunktion" wird explizit auf solche Landsleute im europäischen Ausland begrenzt, die Russland positiv gegenüberstehen. Ein besonderer Schutzanspruch wird gegenüber Landsleuten in „unfreundlichen

[10] Nikolay Mitrokhin: Ethnisch, rassistisch, imperial. Erscheinungsformen des russischen Nationalismus, in: Osteuropa, 74. Jg., 1-3/2024, S. 155-180, S. 176ff.
[11] Mikhail Suslov, »›Russian World‹ Concept: Post-Soviet Geopolitical Ideology and the Logic of ›Spheres of Influence‹«, in: *Geopolitics*, 23 (2018) 2, S. 330–353.
[12] Sabine Fischer: Russland: Diasporapolitik als Waffe im hybriden Krieg, in: Sinem Adar, Isabelle Werenfels (Hg.): Diasporapolitik im Zeitalter der Autokratisierung, SWP-Studie 13/September 2026, S. 38-44, S. 38f.
[13] Statja Wladimira Putina „Ob istoritscheskom jedinstwe russkich i ukrainzew" (Aufsatz von Wladimir Putin „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer"), https://www.prlib.ru/statya-vladimira-putina-ob-istoricheskom-edinstve-russkih-i-ukraincev?utm_source=chatgpt.com (eingesehen im November 2026).

Staaten“ formuliert – eine Kategorie, der Moskau 2022 die gesamte Europäische Union zuordnete.[14]

Frage 2: Welche Methoden und Maßnahmen autokratischer Staaten zur systematischen Zerstörung demokratischer Systeme von innen wie von außen müssen darüber hinaus stärkere Beachtung europäischer Staaten und insbesondere Deutschlands finden, um ihre Resilienz zu stärken? (CDU/CSU)

Der russische Staat der Putin-Ära reagiert seit seinen Anfängen ablehnend und aggressiv auf Demokratie, Demokratiebestrebungen und -bewegungen inner- und außerhalb seiner Grenzen.

In Russland selbst gerieten unabhängige Medien, Opposition und Zivilgesellschaft bereits in den 2000er Jahren unter Druck. Eine effiziente Gewaltenteilung und eine unabhängige Justiz hatten sich im ersten postsowjetischen Jahrzehnt ohnehin nicht herausgebildet. Die entsprechenden Verfassungsorgane (Staatsduma, Föderationsrat, Gerichte) wurden von Putin und seinen Unterstützern schnell unter Kontrolle gebracht. Die Niederschlagung der prodemokratischen Massenproteste in russischen Städten im Winter 2011/2012 und der Beinn des Krieges in der Ukraine beschleunigten den Prozess der Autokratisierung. Die Anzahl der repressiven Gesetze und politisch motivierten Strafverfahren sowie die Verfolgung der unabhängigen Medien, zivilgesellschaftlicher Organisationen und von Aktivist:innen nahmen rasant zu. Der Staat sicherte die autoritäre Stabilität durch die immer umfassendere Kontrolle des Informationsraums. Die Diffamierung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Aktivist:innen als „ausländische Agenten“ oder „unerwünschte Organisationen“ zielte außerdem darauf, die russische Gesellschaft von westlichen Demokratien zu isolieren. Mit der Vollinvasion in der Ukraine im Februar 2022 überschritt Russland nach innen die Grenze zur Diktatur.[15] Die Medien wurden endgültig gleichgeschaltet und die Kriegszensur eingeführt. Tausende Journalist:innen mussten aus dem Land flie-

[14] Fischer, Diasporapolitik (wie FN 12), S. 39.
[15] Sabine Fischer: Russland auf dem Weg in die Diktatur. Innenpolitische Auswirkungen des Angriffs auf die Ukraine, SWP-Aktuell 2022/31, April 2022.

hen. Ebenso wurden die letzten zivilgesellschaftlichen und oppositionellen Strukturen zerschlagen. Der wichtigste Oppositionspolitiker des Landes, Alexej Nawalnyj wurde im Februar 2024 im Straflager ermordet. Der Staat bestraft offen geäußerten Dissenz mit langjährigen Haftstrafen. Widerstand gegen Autokratie und Krieg ist nur noch im Untergrund möglich und mit einem existenziellen persönlichen Risiko verbunden.

Je autokratischer der russische Staat nach innen wurde, desto demokratiefeindlicher gebärdete er sich nach außen. Zunächst betraf dies vor allem die unmittelbaren Nachbarstaaten, die in Moskau als historisch angestammte russische Einflusssphäre betrachtet wurden. Die Rosenrevolution in Georgien 2003 und die Orangene Revolution in der Ukraine 2004 waren unerwünschte Ereignisse, deren Signalwirkung es zu bekämpfen galt. Russland setzte in der gesamten Nachbarschaft auf hybride Angriffe in Gestalt von Desinformation und Propaganda, Cyberattacken sowie politische und geheimdienstliche Unterwanderung. Ziel dieser Politik war und ist die Destabilisierung der Gesellschaften und politischen Systeme in den betroffenen Staaten, um Russland größtmöglichen Einfluss auf deren innen- und außenpolitische Entscheidungsprozesse zu sichern. Gleichzeitig wuchsen die geopolitischen Spannungen mit der NATO und der Europäischen Union. Der russisch-georgische Krieg im August 2008 und der Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2014 müssen in diesem Kontext gesehen werden. Die Vollinvasion in der Ukraine seit 2022 ist der bislang extremste Versuch Russlands, ein Land von seinem Weg Richtung Demokratie und europäische Integration abzubringen.

Seit 2014 und besonders seit 2022 hat der russische Staat seinen hybriden Krieg ausgeweitet und greift immer systematischer auch westliche Demokratien an. Er verfolgt dabei drei Ziele[16]:

- Erstens soll die westliche Unterstützung für die Ukraine unterlaufen werden, um Russland seinen Kriegszielen näherzubringen. Seit Donald Trump 2025 die amerikanische Po-

[16] Sabine Fischer: Russland als Erosionsbeschleuniger in Europa, in: Sinem Adar/Muriel Asseburg (Hg.): Demokratieabbau ohne Grenzen? Die transnationale Kooperation, SWP-Studie 2026/16, November 2026 (im Erscheinen), S. 49. Vgl. auch: Élie Tenenbaum/Dimitri Minic: Defence and National Security: Looking for a European Offset Strategy, in: Thomas Gomart (Hg.): Europe-Russia: Balance of Power Review, Paris: IFRI, November 2025, S. 42-74, S. 43ff.

litik fundamental verändert und sich der russischen Position weit angenähert hat, konzentrieren sich die russischen Maßnahmen vor allem auf die europäischen Partner der Ukraine. Deutschland als politisch und wirtschaftlich einflussreicher EU- und NATO-Partner und mittlerweile größter Unterstützer der Ukraine steht hier besonders im Fokus.

- Zweitens will Russland durch die Destabilisierung westlicher Demokratien die eigene Autokratie stabilisieren. Demokratie soll als Herrschaftsform diskreditiert werden, um Widerstand im Inneren und gegen den imperialen Machtanspruch Moskaus im Äußeren zu brechen. Mit der Behauptung, Russland müsse sich gegen den aggressiven Westen verteidigen, rechtfertigt das Putin-Regime seine repressiven Herrschaftsmethoden nach innen und seine Kriegführung nach außen.

- Drittens und darauf aufbauend strebt Russland nach der Neuordnung europäischer Sicherheit in seinem Sinne.[17] Diese soll eingebettet sein in eine post-westliche multipolare Weltordnung, in der Russland die Position einer tonangebenden Großmacht beansprucht.

In seinem hybriden Krieg setzt Russland folgende Instrumente ein[18]:

- Informations- und Einflussoperationen, Desinformation und Propaganda mit Hilfe der staatlich kontrollierten russischen Auslandsmedien und der sozialen Medien. Sie dienen der Desorientierung und Zersetzung der angegriffenen Gesellschaften.[19] Wichtige Beispiele aus den vergangenen zehn Jahren sind unter anderem der Fall Lisa (2016), die Doppelgänger-Kampagne (seit 2022), Matrjoschka (seit 2023), Storm 1516 (seit 2023)

[17] Verwiesen sei hier auf die Vertragsentwürfe über Sicherheitsgaranienm, die das russische Außenministerium im Dezember 2021 den USA und der NATO vorlegte. Russian Ministry of Foreign Affairs, Agreement on Measures to Ensure the Security of the Russian Federation and Member States of the North Atlantic Treaty Organization, Moskau, 17.12.2021, <https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790803/?lang=en&clear_cache=Y>; dass., Treaty between the United States of America and the Russian Federation on Security Guarantees, Moskau, 17.12.2021, <https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=en> (beide eingesehen im November 2026).
[18] Vgl. zum Beispiel Seth G. Jones: Russia's Shadow War Against the West, CSIS Briefs, Washington 2025, S.2 und Mario Baumann, Katri Pynnöniemi: European Security in the Era of Hybrid Warfare. Active Measures in Russia's Confrontation with Europe, DGAP Policy Brief, Nov 05, 2025.
[19] Vgl. Julia Smirnova: Russische Konzepte der Informationskriegsführung, CeMAS Research Paper, Dezember 2025.

oder Voice of Europe (2023/24). Den Informationskrieg führt Russland auch auf globaler Ebene. Über die Auslandsmedien verbreitete es Desinformation und Propaganda im sogenannten Globalen Süden. Sie betten den eigenen Krieg gegen die Ukraine in ein antikoloniales Narrativ ein, um anti-westliche (und anti-nördliche) Ressentiments zu schüren.[20]

- Cyberoperationen und elektronische Kriegsführung, die die Funktionsfähigkeit kritischer Infrastrukturen der angegriffenen Staaten stören und das Vertrauen ihrer Bevölkerungen in die jeweiligen Regierungen unterminieren sollen. Dazu zählen Hacks in Systeme politischer Institutionen und anderer Organisationen, die Abführung von Daten und die Kompromittierung interner Kommunikation sowie zunehmend Cyberangriffe auf Logistik-, Transport-, Rüstungs- und Technologieorganisationen, auf kritische Infrastruktur usw.

- Unterstützung systemfeindlicher, meist rechtspopulistischer politischer Kräfte in Regierungen, in der Opposition und auf gesellschaftlicher Ebene, um die politische Resilienz der betroffenen Staaten auszuhöhlen und perspektivisch Regimewechsel herbeizuführen, von denen Russland profitieren könnte.[21]

- Kontakte in rechts- und linksextremistische und andere militante Milieus sowie zum organisierten Verbrechen, ebenfalls zum Zwecke der Destabilisierung.[22]

- Sabotage, Spionage, Anschläge, Subversion und andere Operationen, die von russischen Geheimdiensten angeleitet oder durchgeführt werden. Hierzu zählen der versuchte Drohnenanschlag auf den Flughafen Leipzig im August 2026, die Ausspähung kritischer

[20] Vgl. Ivan U. Klyzcz/Kristel Birgit Potsepp: Spinning the Globe. Russian Information Warfare and its Reach into the Global South, ICDS Report, November 2026.
[21] Fischer, Erosionsbeschleuniger (wie FN. 17). Vgl. Auch die Beiträge in Kacper Rekawek u.a. (Hg.): Russia and the Far-Right. Insights from Ten European Countries, The Hague: International Centre for Counter-Terrorism 2024.
[22] Vgl. Kacper Rekawek u.a.: Russia‘s Crime-Terror Nexus. Criminality as a Tool of Hybrid Warfare in Europe, GlobSec and International Centre for Counter-Terrorism, September 2025.

ziviler und militärischer Infrastruktur oder der Brandanschlag auf das DHL-Frachtzentrum in Halle/Leipzig 2024.

Die Intensität dieser Angriffe hat seit Beginn der russischen Vollinvasion merklich zugenommen. Sie sind Teil eines systemischen Krieges, den Russland gegen die Ukraine und ihre Partner und gegen Demokratie ganz generell führt. Sie dienen der Verunsicherung, Zersetzung und Destabilisierung der betroffenen Gesellschaften; sie sollen ihr Vertrauen in die betroffenen Staaten zerstören und schlussendlich anti-demokratischen Regimewechsel beschleunigen.

Ebenso wie die von Russland ausgehenden Bedrohungen miteinander verbunden sind, müssen die Antworten auf sie strategisch verbunden werden.

- Die Befähigung der Ukraine, den russischen Angriffskrieg zurückzuschlagen, schützt auch europäische Demokratien vor der wachsenden Aggression Russlands. Die militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung der Ukraine, ihre Integration in EU und NATO, müssen deshalb mit aller Entschlossenheit fortgesetzt werden.

- Europa inklusive Deutschlands muss seine Verteidigungskapazitäten ausbauen, um Russland wirkungsvoll abschrecken zu können. Hierzu ist engste Kooperation innerhalb Europas (EU+) und mit gleichgesinnten Partnern auf anderen Kontinenten (Kanada, Australien, Japan, Südkorea) notwendig. Die Kooperation mit den USA bleibt wichtig. Die US-Kongresswahlen am 4. November 2026 eröffnen eine mittelfristige Perspektive auf eine positivere Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses. Dennoch muss Europa sich darauf einstellen, seine Verteidigung zu europäisieren.

- Europa inklusive Deutschlands muss seine Resilienz gegen die ganze Bandbreite hybrider Angriffe ausbauen.
    - Die russische Schattenflotte ist nicht nur eine ökonomische Rettungsboje für Russland – sie wird auch genutzt, um kritische Infrastruktur wie Tiefseekabel in

der Nordsee anzugreifen. Ein effizienteres Vorgehen gegen die Schiffe der Schattenflotte ist deshalb elementar wichtig.[23]

- Nach innen muss die Priorität auf dem Schutz ziviler und militärischer Infrastruktur und auf der Stärkung des Zivilschutzes liegen, um die Bevölkerung vor potenziell katastrophalen Folgen von hybriden Attacken zu schützen.
- Desinformation und Propaganda gehören zu den effizientesten Mitteln russischer hybrider Kriegsführung. Deshalb müssen alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, um Desinformation und Propaganda in den sozialen Medien einzuschränken. Der Digital Services Act und der Verhaltenskodex gegen Desinformation der EU sowie nationale Gesetzgebungen bieten dafür Instrumente, die schnell und effizient umgesetzt werden müssen.

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Aktionsplans gegen hybride Bedrohungen bereits wichtige Schritte zur Abwehr russischer Angriffe eingeleitet.[24] Die politische Antwort auf die russische Aggression gegen Demokratie darf sich jedoch nicht auf die Abwehr nach außen beschränken. Sie beinhaltet auch die Stärkung von demokratischem Zusammenhalt und Resilienz in der Gesellschaft – von Aufklärung über Förderung von Medienkompetenz im Bildungssystem und darüber hinaus bis zur systematischen Stärkung der Zivilgesellschaft. Demokratieförderprogramme sind ein elementarer Bestandteil einer umfassenden Strategie zur Abwehr hybrider Angriffe.

[23] Julian Pawlak: Maßnahmen gegen die „russische Schattenflotte“, SWP-Aktuell 2026/24, Mai 2026.
[24] Maßnahmen gegen hybride Bedrohungen, 6. November 2025), https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/wirksam-regieren/start-nationaler-sicherheitsrat-2392476?utm_source=chatgpt.com (eingesehen im November 2026).